

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1931**

47 (25.2.1931)

# Volkstreu und

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gelbten Millimeterzeile teilt 12 Pfennig, Belegzeilen 10 Pfennig, 20 Pfennig o. bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei der Nichterhaltung des Anzeigenplatzes, bei geschäftlicher Betreibung und bei Restruktionen außer Zeit mit o. Befristung des Anzeigenplatzes 10 Karbonen L. 2. o. Schluß der Anzeigen-Belegzeile 8 Uhr vorwärts

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikrevue / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark o. Oberzuführung 2.50 Mark o. Durch die Post 2.66 Mark o. Monatsbeitrag 10 Pfennig o. Gehalt 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postbestellung 2650 Karlsruher o. Geschäftsstelle mit Redaktion: Karlsruhe L. 2. Wehlstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach-Mitteilungen: Durlach, Hauptstraße 9. D.-Baden, Jagbhausstraße 12. Rastatt, Reimstraße 2. Offenburg, Republikstraße 7

Nummer 47 Karlsruhe, Mittwoch, den 25. Februar 1931 51. Jahrgang

## Schieles Landwirtschaftspläne

Sachkundige Stellung der Sozialdemokratie zum Reichsernährungshaushalt - Hilfsmaßnahmen für Kriegssopfer

Berlin, 24. Febr. (Eig. Drahtf.)

Die Kommunisten machten zu Beginn der Dienstagssitzung des Reichstages mehrmals wilden

Theaterdonner.

Schiele verlangte der Kommunist Ulrich, daß sofort die Aufhebung des Demonstrationsverbots für den 25. Februar in Berlin verhandelt werde. Nun gehört die preussische Verwaltung und damit das Demonstrationsverbot selbstständig vor den preussischen Landtag. Die bürgerlichen Mittelparteien erhoben gegen die schielle Beratung eines solchen Antrages Widerspruch. Er konnte deshalb nicht auf die Tagesordnung kommen.

Es folgten die zurückgestellten

Abstimmungen zum Verjüngungshaushalt.

Das haben die Kommunisten zahlreiche Anträge auf Erhöhung der Renten gestellt. Der sozialdemokratische Abg. Rohmann machte darauf aufmerksam, daß die Höhe der Renten im Verjüngungsgesetz, im Kriegssopfergesetz und in den Rentenverordnungen festgelegt seien. Er nicht diese Geleise verändert werden, hätten höhere Renten im Reichshaushalt gar keinen Zweck. Die kommunistischen Anträge seien also eine bewußte Verfälschung der Kriegssopfer. Die Sozialdemokratie mache im Bewußtsein ihrer Verantwortung so etwas nicht mit. Die kommunistischen Anträge wurden abgelehnt.

Man nahm nun folgende Ausschussanträge, die auf Fortsetzung der Sozialdemokratie zurückgingen:

Die Reichsregierung zu erziehen, die für die Kapitalabfindung der Arbeiter die Wohnungsflucht für Kriegssopfer vorzuziehen und die Arbeiter in die Wirtschaft zu bringen, damit dies zur rechten Zeit in die Wohnungsbauprogramme der Länder und Gemeinden einbezogen werden können. Ferner die Reichsregierung zu erziehen, in eine Prüfung einzutreten, ob und unter welcher Bedingung die Kriegssopfer auch nach Ablauf des 31. III. des Reichsverjüngungsgesetzes genannten Fristen an Stelle der Elementarrente laufende Beihilfen oder Unterhaltungen gewährt werden könnten. Schließlich wird die Reichsregierung ermahnt, alle Schwerkrankenbeschäftigten von der Krankenkasse einzuschließen.

Als der von den Kommunisten eingebrachte Antrag auf Einsetzung einer sogenannten Millionärsteuer ausgerufen wurde, beantragte der Zentrumsabgeordnete Esser, diesen Antrag dem Steuerauschuß zu überweisen. Diese Selbstverständlichkeit, die bei jedem wichtigen Gegenstand geübt wird, brachte die Kommunisten in eine wahre Wut.

Abg. Dr. Herz (Soz.)

Die wilden Männer abzufüllen, indem er auf folgende Anträge hinwies: Schon am 22. November hatte die Sozialdemokratie einen Antrag auf Verschärfung der Einkommensteuer, der die Einkommensteuer und der Spekulationsgewinne eingebracht. Am 5. Dezember habe die Sozialdemokratie eine Erhöhung der Einkommensteuer und eine Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer beantragt. Diese Anträge liegen noch im Steuerausschuß. Der jetzige kommunistische Antrag bewege sich in die gleiche Linie. Wenn also der Abg. Esser die Ausschussberatung umstimme, so stimme die Sozialdemokratie zu, damit auch ihre Anträge gemeinsam mit dem kommunistischen Antrag behandelt werden könnten. Herz schloß, wer die Ausschussberatung nicht ablehne, erkläre damit, daß er an die Ernsthaftigkeit seiner Anträge glaube.

Das dagegen die Kommunisten erneut Totschützenfälle schaukeln, ist selbstverständlich. Entsprechend dem Wunsch des Zentrum wurde der kommunistische Antrag dem Steuerauschuß zur Beratung überwiefen.

Es wurde in die Beratung des

Rats des Reichsernährungsministeriums

übergeben. Es sollte nun

Reichsernährungsminister Schiele

seine Rede beginnen. Die Kommunisten begrüßten ihn minutenlang mit Zurufen: „Hungersminister“, „Hungersollminister“, „Unterstützungsminister“, „Bauernbetrüger“ usw. Einige Kommunisten schrien einen Sprechchor an. Schließlich wies der Reichstagspräsident die Abgeordneten Grube und Madalene aus dem Saal.

Es wurde dann sofort rübia und Schiele konnte keine laute Rede halten ohne Störung zu Ende führen.

Reichsernährungsminister Schiele führte aus, die Politik richte sich nicht nach eibischen Grundrissen, sondern nach wirtschaftlichen Tatsachen. Die langfristigen Maßnahmen seien in der Wirtschaft zu finden. Die Gesamtsumme des nationalen Austausch in Deutschland sei größer als sein internationaler Handel. Es gälte, die landwirtschaftlichen Produktionskräfte zu entwickeln.

Die Regierung des Ablasses an Düngemitteln und an Kohle in der Landwirtschaft gelte, wie ich schon gesagt habe. In Amerika sind in den anderen großen Agrarländern bei ein gewaltiger Ueberfluß an Getreide, die auf die Preise in Deutschland drücken. Die landwirtschaftliche Produktion habe längst am Preisabbau des Menschenhandels angetan. Der Agrarindex liege auf 107, der Industrieindex auf 147 und der Lohnindex auf 150-160. Die Landwirtschaft

könne von der Fertigungsindustrie und dem Handel verlangen, im Preisabbau dem landwirtschaftlichen Beispiel zu folgen. Schiele befragte dann im einzelnen seine Pläne: Einen

Reichsstellungsplan zur Einschränkung des Roggen- und Haferbaues, und zur Ausdehnung des Anbaues von Weizen, Gerste, Hülsenfrüchten und des Grünlandbaues.

Das sei durchaus kein Staatssozialismus. Ferner sprach er für die Zinsverbilligung auf Bodenverbesserungskredite, eine Verbilligung, die auf 10 Jahre verlangt werden soll. Das Brennrecht für Kartoffeln müsse erweitert werden. Die Regierung fordere

freie Hand in der Festsetzung von Zöllen

für das gesamte Zollgebiet. Die bisherigen Ermäßigungsabstände haben sich bewährt. Das wichtige freilich müsse der Landwirt selbst tun. Am Schluß seiner Rede wandte sich der Reichsernährungsminister mit großer Schärfe gegen die Teile seiner Berufsfreunde, die ihn heftig angriffen. Diese Parteien seiner Rede sind insbesondere

gegen Hugenberg und dessen Deutschnationale

gerichtet, ohne daß er Namen und Parteien nannte. Er werde seinen Weg gehen, ohne Rücksicht auf falscherstandene Verbraucherwünsche, aber auch ohne Rücksicht auf parteipolitisch überprägelter Agrarradikalismus. Im Einklang mit der grünen Front habe er seinen Ministerposten angenommen und führe ihn in dieser Einigkeit weiter. Alles andere sei Schwindel. Er folge allein seinem Gewissen und mischte alle Störungsversuche. Er lehne es ab, Fernziele aufzustellen, die in der Milchstraße lägen, sondern bleibe auf dem Boden der Tatsachen.

Zentrum, Deutsche Volkspartei und Landvolk dankten dem Minister durch stürmischen Beifall.

Die Anführer Schiele sind als bedenklich. Vor allem ist die Ausdehnung der Ermäßigungen auf alle agrarischen Produkte das Bedenkliche. Entweder bedeutet die Erhöhung der Zölle die Kündigung der Handelsverträge und Zollfrei über Verhandlungen mit den betreffenden Staaten und Bewilligung von Einfuhrkontingenten.

Abg. Tempel (Soz.)

verwies in seiner Antwort darauf, daß die Sozialdemokratie stets für positive Lösung des Agrarproblems eingetreten sei.

Der Industriearbeiter lehne im Arbeitsbauern seinen Bruder. Die von der Sozialdemokratie vertretenen Konsumenten hätten ge-

wiß keinen Dank für ihre bauernfreundliche Politik erwartet, aber doch etwas mehr Sachlichkeit. Die Art, wie Hugenberg Presse, aber auch manches evangelische Sonntagsblatt die Agrarpolitik der Sozialdemokratie verleumben, sei eine Infamie.

Die Größe der Opfer für die Landwirtschaft sei enorm.

Die Gesamthöhe der Zölle sei doppelt so groß wie in der Vorkriegszeit. 3,5 bis 4 Milliarden Mark flössen aus Mitteln der Gesamtheit in die Landwirtschaft. Dagegen sei der gesamte Steuerertrag der Landwirtschaft nur 700 Millionen Mark. Die Volksgemeinschaft bringe also 5- bis 6mal soviel auf, wie die Landwirtschaft der Allgemeinheit zurückgebe. Seit 100 Jahren sei nicht soviel für die Landwirtschaft geschehen. Die Republik mache gut, was in reicheren Zeiten des früheren Staates an der Landwirtschaft veräußert worden sei. Man dürfe aber nicht vergessen, daß unser Außenhandel 12 Milliarden Mark betrage. Er gebe mindestens 3 Millionen Menschen Arbeit.

Wir dürfen uns nicht in die Gefahr eines Weltmarktströges begeben.

Die Landwirtschaft solle auch an die Arbeiterlöhne denken. Mit reduzierten Löhnen könnten die Arbeiter weder Butter noch Fleisch kaufen und viele Landwirte könnten also ihre Verkaufsproduktion nicht absetzen. Dabei erkenne die Sozialdemokratie an, daß

unser Getreide- und Kartoffelanbau einen gewissen Schutz gegen die katastrophalen Weltmarktpreise

brauche. Die Verknüpfung der Brotgetreidepreise mit den Futtermittelpreisen hat diese letzteren derartig hinaufgetrieben, daß z. B. die dänische Schweinezucht nur noch die halben Produktionskosten der deutschen Schweinezucht aufweisen könne. In der Landwirtschaft ständen noch Millionen an Reserven, die zu Gunsten der Bauern mobilisiert werden müßten.

Das Mastvieh müsse rationalisiert werden.

Für die Geflügelhaltung sei eine Verbilligung der Futtermittel unerlässlich. Der sachkundige Vortrag Tempels machte unweilhaft auch auf die landwirtschaftlichen Interessenten im Hause starken Eindruck. Sie versuchten wiederholt seine Darlegungen zu entkräften. Tempel trat ihnen aber stets mit überzeugendem Material entgegen. Offenbar war es den landwirtschaftlichen Interessentengruppen sehr unangenehm, daß der sozialdemokratische Redner so positive und kenntnisreiche Bauernpolitik trieb.

Nächste Sitzung Mittwoch 3 Uhr.

### Schluß mit republiksmähehenden Richtern

Ein erfreulicher Vorstoß Preußens

Berlin, 24. Febr. (Eig. Drahtf.) Die schweren Angriffe des alten Reichsgerichtsrats Dr. Georg Müller gegen preussische Richter, die Müller im Zusammenhang mit seiner zunehmenden Kritik des Reichspräsidenten „Gefesselte Taktik“ im Reichstagen beobachtet erhoben hat, haben den preussischen Justizminister Dr. Schmidt zu einem energischen Vorgehen veranlaßt. Der preussische Justizminister hat sich an den Staatssekretär Dr. Koel, den stellvertretenden Reichsjustizminister, gewandt und diesen um ein Einschreiten gegen den Reichsgerichtsrat Georg Müller gebeten.

### Fünf Millionen Arbeitslose im Reich

Kurchbare Ziffern von Not und Elend

Von den verfügbaren Arbeitskräften im Reich, die am 15. Februar bei den Arbeitsämtern eingetragen waren, waren rund 4.991.000 an diesem Stichtage arbeitslos. Das Ansteigen dieser Zahl um rund 106.000 gegenüber dem 31. Januar fällt zum größeren Teil den Saisonarbeiten zu Last. Die Belastung der Arbeitslosenversicherung entwickelte sich in den einzelnen Landesarbeitsamtsbezirken nicht gleichmäßig. Stärker als im Durchschnitt sind die Arbeitslosen in den Bezirken Süddeutschland, Schlesien, Pommern, Nordmark, Niedersachsen und Hessen, geringer in Ostpreußen, Brandenburg, Rheinland und Bayern.

### Arbeitsstreckung bei 16 Farben

Berlin, 25. Febr. (Funtdienst.) Die 16 Farbenindustrie hat in ihren Betrieben des Groß-Brandfurter Wirtschaftsgebietes Arbeitsstreckung angeordnet. Zunächst sollen die Werke B&S und Griesheim in die Maßnahme einbezogen werden. Es handelt sich um die Ausdehnung der bereits bisher in gewissen Umfängen durchgeführten Kurzarbeit, um Neueinstellungen von Arbeitern vornehmen zu können.

### Vorläufer der Reichspräsidentenwahl

Die kommende Reichspräsidentenwahl im Frühjahr 1932 wird ihren Schatten voraus. Herr Mahraun hat in einer Rede vor einem Volksbegehren auf Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs auf Lebenszeit geschwärmt. Rechtsanwalt Hermann Martin in Leipzig schlägt in einer Broschüre „Deutschland erwache“ vor, die Amtszeit Hindenburgs schon jetzt durch ein die Verfassung änderndes Reichsgesetz zur Vermeidung politischer Unruhen um 3 Jahre zu verlängern.

### Hugenberg hofft auf Regierungsschwierigkeiten

Der Wehretat soll Karmel sein

Der SPD schreibt uns: Das Schreiben des Reichspräsidenten an den deutchnationalen Abgeordneten Wege, die Deutschnationalen möchten zur sachlichen Arbeit in den Reichstag zurückkehren, hat Herrn Hugenberg Veranlassung gegeben, sich zur augenblicklichen politischen Lage zu äußern. In einem Aufsatze lehnt Hugenberg die Mitarbeit der Deutschnationalen bei den landwirtschaftlichen Maßnahmen ab. Ebenso tut das gleiche der deutchnationale Abgeordnete Schmidt-Hannover bezüglich des Wehretats. Auf einer deutchnationalen Kundgebung erklärte er:

„Der Wehretat ist die nächste Klippe für die Wehretat. Das Herablassen der Rechte gefährdet nicht den Bestand der Reichswehr, sondern nur den Bestand der Koalition von Wehretat bis Wehretat. Schluß die Sozialdemokratie feilscht den Wehretat, so verschärfen sich die inneren Gegensätze dieser Partei. Bringt sie, wehrfeindlich, aus der Kampfkraft aus, so muß der Weg der Notverordnung oder der Kabinettkrise beschritten werden. Jede dieser Lösungen muß schließlich der Rechten dienen und zugleich der Wehretat nutzen.“

Beide Äußerungen zeigen den Kurs, den Hugenberg zu steuern gedenkt. Er widersteht sich mit allen Kräften der Rückkehr in den Reichstag. Er hat die Hoffnung, daß auf diesem Wege die politischen Schwierigkeiten verzögert und die Regierung dennoch gestürzt werden kann.

In der sozialistischen Arbeiterklasse dürfte nur eine Meinung bestehen, daß dieses neue Manöver von Hugenberg unter allen Umständen durchkreuzt werden muß. Hugenberg's Ziel ist die Niedererschlagung der Arbeiterklasse, der Abbau der sozialen Leistungen, die Verminderung des Lohnes. Das soll erreicht werden mit Hilfe einer Regierung, in der die Nationalsozialisten ausschlaggebend vertreten sind. Aber auch die jetzige Regierung sollte aus diesen neuesten Drohungen Hugenberg's die Erkenntnis ziehen, daß der Bogen nicht überpannt werden kann. Die Interessen der breiten Massen der Bevölkerung müssen gewahrt bleiben, wenn es gelingen soll, Demokratie und Verfassung zu sichern und damit den Wiederaufstieg Deutschlands vorzubereiten.

### Das blutige Bürgerkriegsspiel

Marburg an der Lahn, 24. Febr. Bei einer von den Nationalsozialisten in Odershausen veranstalteten Versammlung entwickelte sich zwischen Nationalsozialisten und politisch Andersdenkenden eine Schlägerei, bei der es 14 zum Teil schwer Verletzte gab.

Zittau, 24. Febr. Bei den schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, bei denen die Polizei wiederholt mit dem Gummiknüppel gegen die Menge vorgehen mußte, sind nach den bisherigen Feststellungen ein Unbeteiligter getötet, zwei Gendarmenbeamte und zwei städtische Polizeibeamte, sowie etwa 25 Demonstranten verletzt worden, darunter einige schwer. In der Meißner Stadt war die Polizei infolge der starken Bedrängung gezwungen, zwei scharfe Schüsse abzugeben, von denen einer einen Demonstranten in den Fuß traf. Er konnte sich in die nahegelegene Polizeiwache flüchten, wo er verbunden wurde. Der Getötete ist ein Schlosser namens Kalbe, der Mitglied der S.P.D. gewesen sein soll. Als mutmaßlicher Täter wurde von der Polizei ein vielfach vorbestrafter tschechischer Staatsangehöriger namens Kopahl festgenommen, der jedoch die Tat leugnet.

Stuttgart, 24. Febr. (Eia. Meldung). Am Montagabend kam es im Anschluß an eine nationalsozialistische Versammlung in der Stadthalle wieder zu Zusammenstößen zwischen anrückenden uniformierten Nationalsozialisten und Kommunisten.

### Feststellung planmäßiger Nazitumulte bei Reichstags-eröffnung

Berlin, 24. Febr. Zu den Berliner Straßentumulten bei der Reichstagsöffnung am 13. Oktober v. J. hat jetzt der preussische Innenminister in Beantwortung eines staatsparteilichen Antrags dem Landtag eine Mitteilung überfandt, in der es heißt, daß diese Ausschreitungen auf ein planmäßiges Vorgehen nationalsozialistischer Elemente zurückzuführen sind. Von den insgesamt 103 anwesenden Personen waren 39 Mitglieder der NSDAP, weitere 68 seien an, mit der NSDAP zu sympathisieren. Zwei waren Mitglieder des Stahlhelms, einer Mitglied der Roten Hilfe und drei Mitglieder der linken Parteien.

### Franzen-Braunschweig vor dem Reichshaushaltsausschuß

In der Sitzung des Reichshaushaltsausschuß brachte Uba. Sotmann (Sos.) die Vorfälle in Braunschweig zur Sprache. Dort hätten nach Presseberichten nationalsozialistische Sturmtrupps angeblich Polizeidienste verrichtet. Als Folge ihrer Ausschreitungen sollen im Landeskrankenhaus 26 schwerverletzte Opfer liegen.

Reichsminister Dr. Wirth erwiderte, daß er lediglich durch die Presse Kenntnis von den Vorgängen in Braunschweig erhalten habe, die auch er sehr eigenartig finde. Es werde bereits morgen ein Schreiben an die braunschweigische Regierung abgehen, worin um nähere Mitteilung ersucht wird.

### Berliner Versammlungsverbot für 25. Februar

Der Berliner Polizeipräsident hat der KPD, der SPD, mitgeteilt, daß er die von den Kommunisten für den 25. Februar geplanten Umzüge und Versammlungen verbietet.

### Nazis im „Benderkampf“

Berlin, 25. Febr. (Sunddienst). Eine Versammlung der Kampfgemeinschaft der revolutionären Nationalsozialisten, das heißt der abgespaltenen Strahlergruppe, die am Dienstagabend in Berlin in den Sauerlandstraßen stattfand, wurde von den Nazis gesprengt. Es gab mehrere Verletzte. Kurz nach Beginn der Versammlung erschien eine SA-Abteilung und verhinderte Major a. D. Franzen, der über Vorgänge in der NSDAP sprechen sollte, solange am Reden, bis es zu einer allgemeinen Prügelei kam.

### Beziehungszwischenfälle in Eschweiler

Eschweiler, 24. Febr. In der großen schwarz dekorierten Zechenhalle fand heute vormittag die Trauerfeier für die 32 Opfer der Eschweiler Bergwerkskatastrophe statt.

Nach den Einsegnungsfeierlichkeiten kam es am Friedhof zu einem Zwischenfall. Ein Vertreter der kommunistischen Gewerkschaftsopposition hielt an den Gräbern eine Rede, die sehr scharfe Bemerkungen enthielt. Von den anwesenden Polizeibeamten wurde er jedoch am Weiterreden verhindert und schließlich aus dem Friedhof zu verweisen.

Da die Menge mit Pfeilen und Wutrufen in einer Gegenrichtung schritt, wurde der Friedhof von der Polizei geräumt. Die Kommunisten marschierten hierauf unter Vorantreibung einer roten Fahne zum Marktplatz in Richtung, wo sie eine Kundgebung veranstalteten. Nach kurzer Zeit löste sich dann die Menge auf.

### Die Urklage der Stuttgarter §218-Anklage

Stuttgart, 24. Febr. (Eia. Meldung). Ueber den Stand des Untersuchungsverfahrens gegen Dr. Friedrich Wolf und Frau Dr. Jakobowitz-Rienle können wir folgendes mitteilen: Dr. Friedrich Wolf hat heute in einer Unterredung mit dem Untersuchungsrichter erklärt, daß es nicht in seinem Sinne liegt, daß aus dem ganzen Fall so viel gemacht werde. Er wolle die Angelegenheit nicht auf das politische Gebiet schieben, sondern für sein Verhalten nur rechtliche und menschliche Gesichtspunkte geltend machen.

Das ganze Verfahren ist übrigens schon im Dezember vor. J. durch eine Anzeige gegen Frau Dr. Jakobowitz-Rienle ins Rollen gekommen, die mit dem §218 gar nichts zu tun hatte. Sie wurde der fahrlässigen Körperverletzung durch unachtsame Behandlung bei einer Frühgeburt beschuldigt. Bei den hierauf ansehnlichen Ermittlungen kamen dann erst die anderen Tatbestände zur Kenntnis der Behörde. Die Verlesungen gegen § 218, die Frau Dr. Jakobowitz-Rienle zur Last gelegt werden, reichen zeitlich bis zum Jahre 1928 zurück. Es kam bei allen in ihrer Klinik ausgeführten Eingriffen nur ein Todesfall am 6. November vor. J. vor, an dem sie aber kein Verbrechen trifft, da das betreffende Mädchen vorher bei sich selbst einen Eingriff vorgenommen hat und erst danach die Klinik aufgesucht hat. Sämtliche anderen Fälle sind einwandfrei verlaufen.

### Frauenforderungen an den Reichstag

Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Deutscher Zweig, unterbreitete dem deutschen Reichstag für die laufende Legislaturperiode 12 Forderungen und hat um deren Verwirklichung. Die wichtigsten lauten: Angleichung der Reichsverfassung und der Reichsgesetzgebung an den Kellogg-Pakt, Orientierung der Wirtschaftspolitik am Bedürfnis der Konsumenten; Aufgabe der Schutzpolitik, Verbot der privaten Waffenherstellung, des Waffenhandels und Waffentransports, Unterdrückung der Rauschgift-herstellung, Aufhebung der Todesstrafe, Einführung der 40stündigen Arbeitswoche und Garantien für deren Durchführung u. a. m.

### Neues Arbeitsgericht in Berlin

Das Berliner Arbeitsgericht besetzt Ende Februar ein neues Heim in den Räumen des ehemaligen Kriegsministeriums, Ecke Wilhelm- und Leipzigerstraße. Zum Transport der Akten sind nicht weniger als 200 große Möbelwagen eingesetzt worden.

## Englisch-französische Flottenverständigung

### Im der französisch-italienische Konflikt jetzt wohl beseitigt?

Paris, 24. Febr. (Eia. Draht). Die französisch-englischen Flottenverhandlungen, die durch die Reise des Außenministers, Henderson, und den ersten Lord der Admiralität nach Paris einen starken Anstoß erfahren haben, haben unmittelbar vor dem Abschluß. Am Dienstag vormittag verhandelten nur noch die Marineattachés der beiden Länder, ein Beweis dafür, daß man sich bis auf einige technischen Details einig geworden ist. Nach einem effizienten Frühstück am Quai d'Orsay traten die Sachverständigen erneut zu einer Sitzung zusammen, während Briand und Henderson noch einige Augenblicke in intimer Aussprache beieinander blieben. Kurz vor 5 Uhr begann in der englischen Botschaft die als abschließend angekündigte Vollstreckung aller Verhandlungsteilnehmer. Henderson und Alexander sind am Dienstagabend wieder nach London zurückgekehrt.

Der Kampf der letzten Stunde drehte sich um die Gesamttonnage und um den Verzicht Frankreichs auf einen geplanten neuen Panzerkreuzer.

Vor allem aber hat man sich darüber geeinigt, daß Frankreich jetzt dem Londoner Flottenabkommen beitrifft, allerdings unter der ausdrücklichen Bedingung auf eine Garantiefolge, die ihm gestattet soll, seine Seerüstungen zu erhöhen, falls Italien versuchen würde, die jetzt noch bestehende Spanne von 150 000 Tonnen zwischen beiden Flotten zu vermindern.

Italien scheint über die Pariser Verhandlungen nicht direkt aus dem Laufenden gehalten worden zu sein. Trotzdem glauben die englischen Unterhändler versichern zu können, daß es sich damit einverstanden erklären dürfte.

Was nun aber die englischen Gegenleistungen anbelangt, die Frankreich aus seinen Konzessionen über die Seerüstung erhofft hatte, so scheint man in Paris wieder einmal die Rechnung etwas vorwärts gemacht zu haben. Wie verlautet, sollen sich die englischen

Unterhändler recht unzugänglich gezeigt zu haben. Sie sollen erklärt haben, daß Frankreich im Gegenteil dankbar sein müsse, weil es der englischen Vermittlung gelungen sei, den Flottenkrieg mit Italien aus der Welt zu schaffen.

### Henderson und Alexander fahren nach Rom

London, 24. Febr. Wie Reuter meldet, reisen heute Abend Außenminister Henderson und der Erste Lord der Admiralität, Alexander, von Paris nach Rom ab, um dort die Flottenberechnungen festzusetzen.

### Frankreichs Kriegsminister zur Küstungsfrage

Paris, 24. Febr. In der Kammerdebatte zum Heeresbudget erklärte Kriegsminister Maginot: Auf die Klauseln des Berliner Vertrages, durch die die deutschen Rüstungsbeschränkungen festgelegt wurden, könne nicht verzichtet werden und wenn Deutschland sich seinen Verpflichtungen entziehen würde, wäre Frankreich genötigt, seine Bewaffnung heranzuziehen. Man dürfe nicht lassen, daß alle Nationen auf den Fuß der Gleichberechtigung gestellt werden müßten. Wenn man die Kriegesgefahr zum Verschwinden bringen wolle, sei es nur gerecht, daß den früheren Anreizen die strengsten Beschränkungen auferlegt würden und daß Nationen, die nicht angegriffen hätten, nicht dulden dürften, daß die Beschränkungen des Berliner Vertrages in Frage gestellt würden. Unter diesen Umständen hätte ein französisches Einverständnis mit dem Vertrag die Folge, daß Frankreich alles tun, was von ihm abhängt, damit die nächste Abrüstungskonferenz zu einer Verständigung gelangen könne.

Der nächste Redner, der radikale Uba. Daladier, berechnete die Effektivstärke des französischen Heeres auf 550 000 Mann. Frankreich habe im ganzen jetzt 143 Divisionsgeneräle und keine andere europäische Nation habe einen so beträchtlichen Effektivbestand wie das französische Heer. Eine Abänderung der Militärorganisation sei notwendig.

Der sozialistische Redner Chouffet kritisierte scharf die großen Rüstungsausgaben.

## Freistaat Baden

### Nationalsozialistische „Kulturpolitik“

Der nationalsozialistische Führer kann es nicht umgehen, zum 150. Todestag des großen deutschen Schriftstellers und Dichters Gottfried Ephraim Lessing ein paar Bemerkungen zu veröffentlichen. Sie bedeuten letzten Endes jedoch nichts anderes als eine Abrüstung des großen Bannerträgers deutscher Kultur und deutscher Sprache, dem es die Nationalsozialisten nicht verzeihen können, daß er aus seiner freigeistigen weltbürgerlichen Einstellung heraus, ein ausgesprochenes Judenfreund war, der in seinem „Nathan“ ein unvergeßliches Denkmal menschlicher Toleranz errichtet hat. Lessing kann jedoch mit der Kritik noch zufrieden sein; denn läge sein Todestag nicht 150 Jahre zurück und wäre er, der Sprößling einer alten Pastorenfamilie, dem deutschen Volk nicht genügend bekannt, so läme er sehr schnell wegen seines Vornamens Ephraim (!) als Jude auf den nationalsozialistischen Index, wo er sich vielleicht ohnehin schon befindet.

Besser als der Vorkämpfer des deutschen klassischen Humanitätsgedankens kommt allerdings der evangelische Oberkirchenrat im nationalsozialistischen Führer weg, der in Antiteilnahme folgendermaßen angebeichtet wird:

Superintendent Eder ist endlich seines Dienstes enthoben. Der Entschluß dazu kam spät, doch soll man ihn loben. Der Oberkirchenrat hat den Herrn vom Amt suspendiert. Das heißt auf deutsch: aufgehängt!

Dem evangelischen Oberkirchenrat ist zu dieser Lobpreisung im Kampfschlaf für nationalsozialistische Kultur zu gratulieren; denn er verdient diese Anerkennung in einem Maß, das in der gleichen Nummer dem großen Vertreter deutscher Geistesfreiheit und Kultur Gottfried Ephraim Lessing in gewohnter Weise schmählich.

### Politische Kuppelei der Nazis

Dr. Adolfsfeld, 24. Febr. Im Hause des Reichstagsabgeordneten Dies vom Zentrum wurden die Feindeslisten eingeschlagen. Als Täter wurden Angehörige der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ermittelt.

### Felddiensthilfe von Hakenkreuzstudenten

Die Freiburger Volkswacht berichtet über eine Felddiensthilfe, die wieder unter der harmlosen Umschreibung „Geländepart“ am Samstag und Sonntag gefahren ist. Sie fand auf dem Hochschwarzwald, in der Gegend von Weilnaun statt. Vom Hauptbahnhof Freiburg aus fuhren rund 65 Mann, vom Wehrerbahnhof aus 42. Als Führer fungierte ein ehemaliger Offizier und heutiger Stahlhelmer namens Alten (oder von Alten). Dieser Herr ist der eigentliche technische Leiter des „Geländepart“, wie ihn die Abwehrverwaltung der Freiburger Universität beschloßen hat. Auch dieser Herr Alten hat mit der Universität gar nichts zu tun, er ist aber trotzdem als technischer Leiter für den „Geländepart“ der Hakenkreuzler- und Stahlhelmsstudenten tätig, ja er soll sogar für seine Mithenhaltung eine Tausendmarkabgabe von 20 Mark erhalten.

### Arbeiter, die das eigene Nest beschmutzen

Aus Leserkreisen wird uns geschrieben: „Das schöne Volkslied „Das Wandern ist des Müllers Lust“ ist durch die Dittendorfen geschändet, zu einem Satz und Hohngesang gegen den von ihnen tödlich gehaltenen Minister Remmele, den „ehemaligen Müllerburj“, gemacht worden. Wenn es von den Grafen und Baronen, den hohen Offizieren und Beamten dieser „Arbeiterpartei“ geungen wird, oder von den jungen Herren, die auf unsern aus der fäulnisvollen Steuergrößen der Arbeiter unterhaltenen Universitäten und Hochschulen ihre Zeit todschlagen, so ist das nicht weiter verwunderlich. Diese Kreise haben die schwierige Kunst nie sonderlich geschätzt, sie war ihnen immer ein Kennzeichen minderen Ranges. Aber die vereinselten Arbeiter, die dieser Partei immer noch nachlaufen, die Schuster, Schneider, Bäcker, Schloßer und Schmeide, die in den SA-Abteilungen für ihre hochgehorenen Hintermänner ihre Haut in Markte tragen — müssen sie es nicht als einen Faustschlag in ihr eigenes Gesicht empfinden, wenn diese Herrschaften ihre Beratungen, ihrem Sobn

und daß gegen den Minister nicht wirkungsvoller glauben zu druck geben zu können als durch seine Brandmarkung als fröhlicher Arbeiter? Würde ihnen nicht ein Licht aufgehen über die staatsrechtliche Rolle, die sie in dieser Partei spielen — einer „Arbeiterpartei“, in der ehrliche Handarbeit — als etwas „Verächtliches“ infamiert wird? Würden sie sich nicht die Frage vorlegen, ob unter einer solchen Gesellschaft wirklich der richtige Platz für einen Arbeiter ist? Aber nein — Sumpphania, gebanntes Rennen sie hinter den falschen Freunden her, fühlen sich unglücklich, wenn sie in der Festhalle neben einem solchen besieren Herrn als „Gleichberechtigte“ sitzen dürfen, schreien aus voller Kehle mit, wenn er tief in die Hände schreien „niederzufahren“, und ahnen gar nicht, wie tief sie sich damit selbst in die Gosse schieben. Das innere Selbstschließen, das die anderen für sie haben, die Frage, die hinter freundschaftlichen Masken lauert — die leben sie nicht! Wohlhabend Grotteste, über die man lachen müßte, wenn sie nicht zum besten wäre!

### Der nationalsozialistische Millionenchwandel

Im Anschluß an unsere Feststellungen gegenüber dem neuesten nationalsozialistischen Millionenchwandel sind uns noch geblieben: Einwand zu den Feststellungen des Volksfreund sei noch ein Verstoß gegen die Beschränkungen. Wer hat hier zuerst und am entschiedensten immer wieder angelegt? Doch die Sozialdemokraten und wer ist ausgegriffen, als es in der Stadt Halle um die Beschränkung der hohen Gehälter ging, als im Reichstag das Verfassungsausschusses vorgelegt wurde? Doch die Nationalsozialisten, der Erreger im Reichstag (Sprenger) nicht genug tun konnte und den wohlworbenern Rechten der Beamten! Warum werden die Zahlen für die hohen Beamten der Herren Generale angelegt, vergessen? Warum wird nicht festgestellt, daß inzwischen die Gehälter der fraglichen hohen Beamten gekürzt und die Ministergehälter durch Gehalt für die Einkunft aufgehoben wurden?

Das Kästchlein aber liefert die Aufmachung des Führers mit dem Hinweis: „Das deutsche Volk zählt an 146 Beamte, die gleichberechtigt sind, 1. das laufende Gehalt, 2. die Reichsrenten, 3. die Entschädigung für Ausschreitungen und 4. die Gehälter für die Beamten, die diese Abordnungen-Beamten vertreten müssen. Ei, wer hat die meisten Beamten in der Reichsrenten 31 an der Zahl? Wer kann also mit den meisten Reichsrenten die vierfache Belastung des Staates dienen? Doch die Nazi — die haben ja noch einen Beamten in ihrer Mitte, den Herrn Sprenger, der so den Rekord in der Diätenabgabe schlägt, doch er werden seinen posthumen Besitzen in 5 Tagen 362,50 „Kaufkraftentfaltungen im besonderen erhob, daß es sich sogar eine Million fordern gestalten lassen müßte!“

Und solche Leute wollen als die Vertreter des neuen Reiches eines neuen besseren Geistes, als Drahtzieher einer angeblichen Korruption auftreten! Aberhand Abstand vor solchen Chamaeleonen gestalten! Und wenn es an den Weisung der Prozeduren für Beamten und Künstler geht, warum denn nicht auch an die Beamten, der Beträge für den Stimmensprozeß und das Reichsrentenverfahren, wo die nationalen Gestalten mit nicht kleineren Millionenbeträgen operiert haben? Weil man eben die Wahrheit, das allseitige Betragen machen, nicht liebt!

Der zweite Freiburger Weinmarkt war trotz verschiedener unangenehmer Umstände ein voller Erfolg. Der Wein war so gut, daß man sich für den nächsten Jahr überlegen muß, ob man nicht einen größeren Raum, einen die Festhalle, für die Abhaltung des Marktes wählen soll. Das wird besonders dann notwendig sein, wenn man einen für den Weinmarkt höheren Termin als gerade 3 Tage nach Palmsonntag wählt. Möglicherweise, den Markt nicht Ende Februar, sondern Ende März abzuhalten, wenn Freiburger Weinmarkt vor aus dem Weisung, dem Reichsrentenverfahren, Marktrastland und aus der Orientierung recht gut bedient. Za die Weinpreise zum größten Teil abwertet sind, so herrschen die Preise für Wein und Wein mittlerer Preisklassen vor. Man hatte den Eindruck, daß die Freiburger Weinpreise teilweise als sehrulant zu bescheiden sind. Wenn die 1930er Weine auch die durchschnittliche Güte erzielten, so wurden doch auf dem Weinmarkt sowohl in Kellerkellern als auch in den Weinhandlungen der Marktrastland aus herrschende Preise angeboten.

### Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart

Die Amtszeit des Stuttgarter Oberbürgermeisters Dr. Paulsen schließt in diesem Jahr ab. Als Termin für die Neuwahl hat bei der alle Gemeindevähler Stimmberechtigung, im Sonntag, den 28. April in Aussicht genommen. Es heißt, daß Dr. Paulsen, der jetzt 20 Jahre im Amt ist, bereit ist, sich noch einmal zur Wahl zu stellen.

## Pfeift auf die hilflosen KPD.-Parolen

# Meidet den Weltarbeitslosentag

### Deutschlands Werktätige müssen zur Sozialdemokratie stehen

Die „Führer“ der Kommunistischen Partei Deutschlands haben ihre Anhänger zur Beteiligung an einem „Weltarbeitslosentag“ aufgerufen. Wie sinnlos die von Moskau befohlene Kundgebung in Deutschland ist, zeigen die folgenden Betrachtungen, die auf Grund der letzten Vorgänge im Deutschen Reichstag gemacht werden konnten.

Die „Führer“ der Kommunistischen Partei Deutschlands stehen seit mehr als zehn Jahren unter dem Moskauer Diktat der 21 Punkte von Halle, nach denen die kommunistische Politik auch in Deutschland nur nach russisch-bolschewistischen Anweisungen gemacht werden darf. Die Exekutive der Dritten Internationale gibt nach wie vor die politischen Parolen aus, und so soll jetzt der „Weltarbeitslosentag“ durchgeführt werden.

Während eben die kommunistische Reichstagsfraktion durch ihren Sprecher, Abg. Torgler, im Reichstag die Regierung gefragt hat, was sie zum Schutze der republikanischen Verfassung, des freien Wahlrechts und der Gesetzlichkeit gegen putschistische Bestrebungen gewisser bürgerlicher Kreise zu tun gedenkt, fordert das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei durch die Exekutive der Dritten Internationale selbst zu Ungesetzlichkeiten auf. Das Zentralkomitee verlangt von seinen Anhängern anlässlich des „Weltarbeitslosentages“, eventuelle Demonstrationsverbote zu durchbrechen, es verlangt, den Anweisungen der staatlichen Schutzorgane nicht Folge zu leisten und es auf gewalttätige Auseinandersetzungen ankommen zu lassen.

Daß die Arbeiter, die sich von der KPD.-„Führung“ zu solchen Ungesetzlichkeiten verleiten lassen, schwer geschädigt werden können, ist den Moskauer Drahtziehern gleichgültig.

Wir als Sozialdemokraten warnen die kommunistischen Anhänger, den Moskauer Parolen zum „Weltarbeitslosentag“ Folge zu leisten. Auch der letzte sozialdemokratische Funktionär weiß, wie furchtbar die Not aller Arbeitslosen ist. Die Öffentlichkeit Deutschlands und der ganzen Welt kennt die Massennot des deutschen, rund fünf Millionen zählenden Arbeitslosenheeres.

Tag für Tag kämpft die Sozialdemokratische Partei unter Aufbietung ihrer ganzen Kraft — sei es in den Reichs-, Länder- und Gemeindeparlamenten, sei es in öffentlichen und nichtöffentlichen Körperschaften —

### das schlimmste Winterelend zu bezwingen

### Das Auftreten der kommunistischen „Führer“ im Reichstag seit dem 14. September hat gezeigt, daß sie unfähig, hilflos und ohnmächtig der Sozialreaktion gegenüberstehen

Die reaktionären Reichstagsabgeordneten nehmen die Kommunistische Partei von heute gar nicht mehr ernst. Als kürzlich ein kommunistischer Abgeordneter das Wort ergriff, da konnten es die Herren auf der rechten Seite des Hauses wagen, dem Redner demonstrativ den Rücken zuzuwenden. Stehend lasen die Deutschnationalen und Hakenkreuzler so ihre Zeitung, sie unterhielten sich laut und gaben ihrer Nichtachtung des kommunistischen Redners Ausdruck. Schweigend und hilflos mußten sich alle kommunistischen Abgeordneten diese Behandlung gefallen lassen. Sie wußten nichts anderes als — auf die Sozialdemokratie zu schimpfen.

Dabei bildeten seit dem Zusammentritt des neuen Reichstages Hitler-Fraktion, Kommunisten und Herr Hugenberg bis zum Auszug der reaktionären Abgeordneten eine einzige Front gegen Republik und Sozialdemokratie.

### Sie hätten zu gern gemeinsam das Chaos herbeigeführt, in dem es für die Millionen Erwerbslosen und Werktätigen nur graues Elend gibt

Die Sozialdemokratie hat die Hitler-Thälmann-Hugenberg-Front wirkungslos gemacht, nicht um der Brüning-Regierung zu dienen, sondern um den Zusammenbruch aller wirtschaftlichen, kulturellen und finanziellen Ordnung abzuwehren.

Die neue „proletarische“ Aufmachung der kommunistischen Redner im Reichstag — sie erschienen zum Beispiel mit Halstuch — macht auf die Reaktion gar keinen Eindruck. Beifall und Aufmerksamkeit sind für den kommunistischen Redner, selbst auf den

Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften haben gemeinsam die Erwerbslosenfürsorge und spätere Arbeitslosenversicherung schaffen helfen. Es muß alles darangesetzt werden, wenigstens diese Unterstützungseinrichtung zu erhalten und auszubauen, wo es notwendig ist. Deshalb setzt sich die Sozialdemokratie für die parlamentarische Erledigung des Reichshaushalts ein. Geordnete Finanzen in Reich, Ländern und Gemeinden sind die erste Voraussetzung für jede Sozialpolitik und für die Aufbringung aller Mittel dazu. Wenn es sich um Geld handelt, dann helfen keine Phrasen und Parolen, mögen sie noch so schön in Moskau zurechtgeschustert sein. Da hilft nur die Bewilligung der Gelder durch eine dazu bereite Volksvertretung, die auch für die notwendige Deckung sorgt.

Schlimm und furchtbar stünde es um das Schicksal der Millionen Arbeitslosen, wenn Deutschlands Finanzen zusammenbrächen und das allgemeine Chaos jegliche Wohlfahrt vernichtete. Das Elend, das dann kommen würde, ist nicht auszudenken.

### In den Strudel gerissen

würden nicht nur die Arbeitslosen, das Chaos würde ebenso schwer die Arbeitenden treffen, denn die letzten Dämme gegen weiteren Lohnabbau wären dann zerstört. Soll die Organisationskraft der Sozialdemokratie und freien Gewerkschaften dieses Elend verhindern, so ist dazu vor allem nötig, daß

### das schaffende Volk Deutschlands geschlossen zur Sozialdemokratie

steht. Jeder muß die Phraseure der Bolschewisten und Nationalisten zurückweisen. Was heute an Fürsorge und Wohlfahrt in Deutschland vorhanden ist, das ist das Werk der Sozialdemokratie. In jahrzehntelangen Kämpfen hat sie die entehrende Armenpflege überwunden und das Recht aller auf Wohlfahrt erstritten. Sie wird das Bestehende verteidigen und nach wie vor für Verbesserungen kämpfen. Her zu ihr!

Bänken der Kommunisten, sehr gering. Man merkt täglich und stündlich, daß es diesen „Arbeiterführer“ nicht allzu ernst ist mit der Vertretung der Arbeiterinteressen.

Die kommunistische Unfähigkeit hat sich nicht nur im Konsumverein Halle erwiesen, der bekanntlich zusammengebrochen ist, diese Unfähigkeit zeigt sich auch im Deutschen Reichstag. Irgendeinen sachlichen Erfolg für die Arbeiterschaft haben sie nicht aufzuweisen —

### dafür führen sich die Kommunisten als Spaßmacher des Bürgertums und der Reichstagstribünen auf

Sie hielten es z. B. für angebracht, dem Reichstagspräsidenten einen Polizeischako und Gummiknüppel zu überreichen, nachdem die Geschäftsordnung abgeändert war. Das ganze Haus amüsierte sich darüber — sonst hatten die Kommunisten damit nichts erreicht. Auch ihre „Anklagen“ gegen die „Gewerkschaftsbürokratie“ verpufften wirkungslos.

Nicht einmal die Hälfte der kommunistischen Fraktion hält es für nötig, so eine Schimpfkanonade ihres eigenen Redners anzuhören.

Aber die Gesichter der im Saale verbliebenen kommunistischen Abgeordneten strahlten, wenn ihr Redner frech und verlogen davon zu sprechen wagte, daß die „Gewerkschaften in die Front der Großkapitalisten“ eingeschwenkt seien. Es schreit zum Himmel, was diese kommunistischen „Arbeiterführer“ ihren Anhängern als „Arbeiterpolitik“ zu bieten wagen. In der Beschimpfung der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften sind sie groß. Aber

weder die bürgerliche Regierung noch die reaktionären Abgeordneten hören das Gewäsch der Kommunisten an.

Wenn dagegen Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstag das Wort ergreifen, dann füllt sich der Plenarsaal, Abgeordnete und Minister verfolgen mit aller Aufmerksamkeit, was die sozialdemokratischen Redner zu sagen haben.

### Der sozialdemokratischen Massenpartei bringen auch die gehässigsten Gegner Respekt entgegen

Die Pressejournalisten des In- und Auslandes, die die Weltöffentlichkeit vertreten, spitzen die Ohren und geben ihrem Respekt unverhohlenen Ausdruck. So schrieb jüngst z. B. die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das bekannte Berliner Kapitalistenorgan, in einem Artikel, der sich mit der faschistischen Bewegung befaßte, es habe

die Sozialdemokratie eine systematische Gegenaktion eingeleitet, die immer mehr das beherrschende Moment der innerpolitischen Lage werde.

Ein anderes Organ der Rechten, die „Volkskonservativen Stimmen“, stellte fest, daß eine innere Erneuerung und Festigung des marxistischen Sozialismus zu verzeichnen sei, eine

### Zunehmende Reorganisation und Aktivierung der SPD.

die die Voraussetzung für jeden politischen Erfolg neu sich erworben habe; den Willen zum Kampf und den Glauben an den Sieg!

Diese Stimmen reaktionärer Blätter sprechen Bände. Sie zeigen jedem Erwerbslosen, wo die starken Wurzeln seiner Kraft zu suchen sind.

### Nicht sinnlose „Welterwerbslosentage“

führen zu besseren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zuständen, sondern nur richtige Anwendung aller demokratischen Staatsrechte seitens der in einer Front unter sozialdemokratischer Führung marschierenden gesamten deutschen Arbeiterklasse.

Das weiß niemand genauer als die Führer der KPD., die aber, weil sie völlig nach der Moskauer Flöte tanzen müssen, nicht zugeben dürfen, daß sie die Arbeiterklasse nur auf Irrwege führen.

Als jüngst die angeblich „vergewaltigten“ Nazis und Hugenberg aus dem Reichstag türmten, trennten sich die Kommunisten von den Rechtsradikalen, deren Katastrophenpolitik bisher in den Kommunisten allergeheure Helfershelfer fand. Jetzt erklärten die Kommunisten, daß sie von der Tribüne des Reichstags aus weiterkämpfen werden.

### Das ist der Triumph des demokratischen, parlamentarischen Systems

Seit mehr als zehn Jahren haben die Kommunisten gehässig gegen Parlament, Republik und Verfassung gekämpft. Jetzt beginnen sie endlich den Wert des Reichstags und der Republik anzuerkennen. Jetzt bringen sie sogar zum Schutze des von ihnen soviel gelästerten allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts Interpellationen ein. Sollen das nicht schlechte Scherze sein, meinen es die Kommunisten ernst mit den Interpellationen zum Schutze der Verfassung, des Wahlrechts und Parlaments, dann bestätigen sie mit einem Schlage

### die Richtigkeit der sozialdemokratischen Politik, die Verfehlung der unfähigen Politik der KPD.

Die Arbeiterschaft, die den Weg zum Aufstieg will, muß über die hilflosen, unfähigen und ohnmächtigen Kommunisten-„Führer“ zur Tagesordnung übergehen. Sie kann ihren Weg nur gehen, wenn sie einig ist, das heißt wenn sie die Kommunisten überwindet. Die Arbeitslosen, die jetzt wieder einmal mißbraucht werden sollen, die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, mögen sich gesagt sein lassen, daß die Entwicklung der Wirtschaft zum Sozialismus führt. Diese Entwicklung durch eine Klassenpolitik der Vernunft zu beschleunigen, das ist Sache der gesamten Arbeiterklasse, insbesondere aller Arbeitslosen, denen mit aller Eindringlichkeit zugerufen sei:

# Eure Interessen, ihr Erwerbslosen, liegen nur bei der Sozialdemokratischen Partei

Partei-Nachrichten

Reutard: Erfreulicherweise hat sich ein Teil der hiesigen Arbeiter...

Leuten. Die Sozialdemokratische Partei sowie die Gewerkschaften...

Aus dem Gerichtssaal

Reichsgericht lehnt Revisionsgesuch Schneiders ab

Reutard, 24. Febr. Der erste Strafsenat des Reichsgerichts...

Ein Tendenzurteil

Reutard, 23. Febr. (Sig. Drobitz.) Ein Tendenzurteil hat...

Der Bürkle-Prozess

Reutard, 24. Febr. Vor dem erweiterten Schöffengericht...

Aus aller Welt

14 Häuser in der Provinz Trient durch Lawinen zerstört

Trient, 23. Febr. Durch Lawinen wurden gestern in den Alpen...

Frau Alfred Krupp gestorben

Essen, 24. Febr. Frau Geheimrat Alfred Krupp ist heute nach...

Lawinenunglück

Jeremath, 24. Febr. Am Monte Rosa sind drei deutsche Touristen...

Blutiges Fußballspiel

Birmans, 24. Febr. Am Sonntag fand auf dem Sportplatz...

Selbstmordversuch im Hause des Reichspräsidenten

NRW, Berlin, 24. Febr. Im Palais des Reichspräsidenten...

Von der Bodenseefischfabrik

Friedrichshafen, 24. Febr. Der dieser Tage vorgelommene...

Neuer elfjähriger Sprachenerlass

Durch einen Beschluß des französischen Justizministeriums...



Der Dichtersohn Friedrich Wolf in Stuttgart verhaftet...

gläubiger, Artur Liebers, Lugano, dessen Guthaben bei dem Bank...

Fahrraddieb

Im Karlsruhe, 24. Febr. Wegen Fahrraddiebstahls im Rückfall...

Betrug und Meineid

Seidelberg, 24. Febr. Vor dem hiesigen Schwurgericht hat ein...

Die Schwenninger Gasexplosion

Zu dem Schwenninger Unglücksfall gibt der Polizeibericht folgendes...

Englands Gentleman-Mentalität

Im Anschluß an den Wahltag der Labour Party im Londoner...

Englische Kriegsteilnehmer und Remarque-Film

Ein Urteil über die nationalsozialistische Hege in Deutschland...

Aus London wird uns geschrieben: Das Verbot des Remarque-Films...

Die unterzeichneten Abgeordneten und Kriegsteilnehmer haben...

Unterschieden ist diese Erklärung von folgenden Abgeordneten...

Auskünfte der Redaktion

A. B. Söllingen. In der Reichstagsstimmung vom 9. November...

Verredaktion: Georg Schöpplin, Verantwortlich: Volpert, Friedrich...

Schöne weiße Zähne: Chlorodont Vorkriegspreis! Tube 60 Pf. u. 1 Mk. 54 Pf. 90 Pf.

### Kleine bad. Chronik

#### Beim Eisfahren verunglückt

Ottensheim. Der 10jährige Sohn Herbert des Wirtes am „Erbsbrunnen“, Johann Sattel, wollte oberhalb des Gasthauses beim Eisfahren einen Graben überqueren. Der Junge kam zu Fall und zog sich einen komplizierten Bruch des rechten Unterschenkels zu.

Unterzombach. Hier hat die Zigarrenfabrik Lindauer u. Co. den Betrieb wieder voll aufgenommen. — Obwohl auch anderwärts die Betriebe der Zigarrenbranche teilweise die Arbeit wieder aufgenommen haben, bestehen im Bereiche des Arbeitsamtsbezirks Bruchsal immer noch 7000 Personen die Lebensunterstützung.

Talernbach (bei Wiesloch). Der 20jährige Maler Heinrich Schaal stürzte die Hausstreppe hinauf. In der Toppentasche hatte er einen Schraubenzieher stecken, der ihm bei dem unglücklichen Sturz durch die Rippen in die Lunge eindrang. Er mußte sofort in das Badelberger Krankenhaus verbracht werden, wo er mit lebensgefährlichen Verletzungen darnebeliegt.

Mannheim. Bei dem Fußballspiel zwischen Pönnitz Mannheim und Feudenheim, das den Pokalbesitzern einen wichtigen 2:1 Sieg brachte, kam es auf dem Pönnitzvorplatz zu einer Schlägerei unter den Zuschauern, so daß das Heberfallkommando gerufen werden mußte. Das Feudenheimer Publikum drohte den Schiedsrichter zu langeln. Die Polizeibeamten geleiteten den gefährdeten Schiedsrichter Hermann Durlach in den Gerberoberaum, um ihn dem Zugriff der erregten „Sportleute“ zu entziehen.

Freiburg. Wie der Polizeibericht meldet, wurden hier vier Personen wegen Verstoßes des Kaufguthandels festgenommen. Wie wir dazu erfahren, erfolgte die Festnahme auf Veranlassung des Polizeipräsidenten Stutzart, das an die badischen Behörden ein Fahndungsausschreiben gerichtet hatte. Bekanntlich bietet Baden infolge seiner langgestreckten Grenzen im Süden und Westen den Kaufguthändlern manche Uebergangsgelegenheit über das Reichsgebiet. Die Schmuggler unterhalten erfahrungsgemäß enge Beziehungen zu Schweizer und französischen Kaufguthändler, wobei sie sich auch in Baden mit den deutschen Abnehmern zu treffen pflegen. In den letzten Jahren ist es deshalb schon mehrfach geschehen, Kaufguthändler und Händler im entscheidenden Augenblick abzufassen.

Wittenau (Freiburg). Das in der Nähe der Kirche und des Rathauses gelegene häuerliche Anwesen des Gastwirts Emil Stiefel wurde ein Opfer der Flammen. Die Ursache war ein schadhafter Kamin. Der Gebäudeschaden beträgt 15 000 M., der Mobiliarschaden 5000 M.

Mollensweiler. Berganzenes Samstag kam der Landwirt und Gemeindevorstand Adolf Danner aus Reutereberg, der mit zwei schwer beladenen Wagen auf der Heimfahrt begriffen war, beim Bremsen zu unglücklich zu Fall, daß die Räder des zweiten Wagens ihn über den Brustkorb weggingen. Der Verunglückte wurde in schwerem Zustand ins Freiburger Krankenhaus verbracht.

Schopfheim. Montag nachmittag erkante sich in seiner Wohnung der Häcker Edwin Braun. Was diesen Mann in den Tod getrieben hat, ist noch nicht ermittelt.

Brombach. Montag früh gegen 9 Uhr stürzte der 65 Jahre alte Bauwirt Carl Schögl in vom Seeboden auf die Tanne und erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß er bereits zwei Stunden später verstarb.

#### Hilfshurkt

„Achtung! Stillgestanden! Mal hierher hören!  
Alle haben ihre Schnauze zu halten!  
Ist etwas — ääh — vorzuekommen!  
14. September großer Sieg gehabt. Heil!  
Jedenfalls — ääh — auch Geld genug gekostet!  
Ein Genosse — ääh — jedenfalls in Not gewesen.  
Erinnere an — ääh — Schmeißerpflicht.  
Die rote Kotte braucht nicht in unsere Wurfkugel rein-  
schneffeln.  
Ist Privatjache! Ist nicht Parteijache! Ist nicht der  
Rebe wert!  
Ist Bogatellische von wegen die paar Lappigen — ääh —  
taulend!  
Jedenfalls verdammte Judenlammels dran schuß.  
Ist Ehrenjache von Genosse, sich selber rauskaffern.  
14. September Opfer wert.  
Ist nicht nötig, Worte zu verlieren.  
Was anständige Kerls Presse gehalten und nicht die Klappe  
aufreißen wegen die paar lappigen Kräten.  
Hilfshurkt! Weggetreten!“

So ungefähr sollte die Sache ausgehen. Aber wessen Ders voll ist, dem geht der Mund über. Die Sache steht nicht so schlimm aus. Man spricht von 30 000—40 000 M., sogar von 45 000. Aufseiner hat es der Kritiker von der Köhler Zeitung nicht recht wissen wollen. Wie man hört, haben die Herren Gauckert oder Beslersturmführer schon Jungenslöhnung. Es dürften noch einige fürmliche Bauernvereinsversammlungen geben in Hilfshurkt, aber noch sind nicht alle Delegierten vom Hilfshurkt befallen. Vielleicht könnte Herr Stengel (Eisenbahnbeamter) den Verteilungsplan veröffentlichen, damit man erfährt von wem die notleidende Landwirtschaft am härtesten belastet wird, von der Republik oder vom 3. Reich! Doch eine solche reiche Gemeinde Zuschuß vom Reich erhält zur Gründung einer Dreißiggenossenschaft, ist nicht zu begreifen. Da wären die viel ärmeren Rheinorte unterer Ansicht nach eher bedürftig. Es mundiert uns witzig, daß die Nazis im Gemeinderat, die 200 RM. nicht sofort abgelehnt haben. Sie sagten, so leicht sind auch mit Wasser und abgemessen kann man in die Suppe mit Fehl- betragen aus der Bauernvereinskasse. Ja, wenn Sped hier wäre, dann wären die Delegierten Bauern die Geheiligsten, denn sie haben die größten Säue. Das ist doch gewiß eine Saueret, wenn eine Kasse eine solche Saueret aufweist. Na, dafür ist diese auch von einem Hilfshurkt geführt worden.  
Heil! Heil!

### Wüste Ausschreitungen von Nazis bei einem Kaffatter Maskenball

Obgleich wir in unserer Ausgabe vom letzten Freitag von uns aus, freiwillig, eine Richtfeststellung des am Donnerstag abgehaltenen Maskenballs gebracht haben, und obgleich uns telephonisch von befreundeter Seite mitgeteilt wird, daß Herr Heuer-Baden-Baden die Angelegenheit mit unserer freiwillig abgegebenen Erklärung für erledigt betrachtete, besteht ein Rechtsanwalt aus Baden-Baden auf Veröffentlichung folgender

#### Berichtigung:

Der in unserer Ausgabe vom 19. Februar 1931 Seite 9 unter dem Artikel „Wüste Ausschreitungen von Nazis bei einem Kaffatter Maskenball“ erschienene Bericht entspricht nicht den Tatsachen. Es wird nicht mehr hier festgesetzt, daß Herr Heuer, der übrigens nicht Anwalt, sondern Angestellter der Firma Pelzbauers Frieda Heuer in Baden-Baden ist, nicht Mitglied der NSDAP ist und sich an etwaigen Ausschreitungen und Intemperenzen von Juden in keiner Weise beteiligt hat. Vielmehr lag gerade Herr Heuer an dem Tische einiger jüdischer Geschäftsfreunde und mußte sich selbst das Betragen einiger Herren seiner mit Juden tanzen den Frau gegenüber verhalten. Die Handverletzung des Herrn Heuer rührt aus einer eigenen Unvorsichtigkeit her, die nicht „im Uebereifer des Kampfes gegen die Juden“ entstanden ist.

## Gewerkschaftsbewegung

### Schiedspruch in der badischen Textilindustrie

Freiburg, 24. Febr. Das heute unter dem Vorsitz des stellv. Schlichters, Oberbürgermeister Hane Winkel, hier zur Schlichtung der Lohnstreitigkeiten in der badischen Textilindustrie zusammengetretene Schiedsgericht fällte nach siebenstündigen Verhandlungen einen Schiedspruch, der eine Kürzung der bisher zulässigen Säue um 5 Prozent vorseht und zwar sowohl der Zeitlöhne wie der Akkordlohnansätze des bisherigen Tarifs. Das Urkommen gilt bis 1. Oktober 1931. Der Schiedspruch sieht ferner den allmählichen Abbau der bisher noch bestehenden Mindestlöhne vor.

### Verbindlichkeit des Metall-Industrie-Schiedspruchs

Frankfurt, 24. Febr. Der Schiedspruch vom 5. Februar über das Lohnabkommen in der Metallindustrie für Hessen-Nassau, Hessen und angrenzende Gebiete ist vom Schlichter Dr. Rimmich unterm 22. Februar für verbindlich erklärt worden.

Die Berliner Metallindustriellen kündigen Angekündigten. Der Verband Berliner Metallindustrieller hat den bestehenden Schieds- tarif zum 31. März 1931 gekündigt. Etwa 60—70 000 Angestellte sind in diesem Tariftage betroffen.

### Reichspost kündigt Lohnvertrag

Wie die Reichsbahn so hat nun auch die Reichspost den Lohn- tarif zu Ende März gekündigt. — Wo alles die Löhne fürst, können natürlich Reichsbahn und Reichspost allein nicht zurechtfinden. Sie benutzen die erste freie Gelegenheit, um in die Lohn- abkündigung des Unternehmens einzuschwenken. Bei der Reichs- bahn ist das besonders bedauerlich, weil dort die Forderungen ja bereits einen recht empfindlichen Lohnabbau darstellen.

### Der Kampf in der Rheinschiffahrt

Die Verhandlungen im Tarifstreit der Rheinschiffahrt, die am Montag nachmittag in Rorschach stattfanden, sind ergebnislos verlaufen.

Die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der deutschen Rheinschiffahrt wird von den Reedern trotz der Anwesenheit ihrer Fahnenflücht nach wie vor unentwärt mit dem Hinweis auf die „internationale Konkurrenz“ in der Rheinschiff- fahrt zu begründen versucht. Gegenüber dieser Redeweise ist nichts anderes übrig, als immer wieder den Schweiß der Fahnen- flüchtigen aufzuweisen. Man kann sich dabei auch auf das Gut- achten der Rheinkommission stützen. Nach dem „Rheinautachten“ steht es einwandfrei fest, daß der Einfluß der deutschen Schiff- fahrtsunternehmen weit über den im deutschen Eigentum befind- lichen Teil der ausländischen Flotte hinausreicht. Dabei ist zu be- achten, daß die Untersuchungen der „Rheinkommission“ noch viele internationale Kapitalverbindungen der deutschen Rheinschiffahrt nicht aufgedeckt haben. Man übertriebt jedenfalls nicht, wenn man darauf hinweist, daß 75 Prozent der holländischen Reedereitonnage und 78 Prozent der holländischen Schlepkräft sich in den Händen deutscher Unternehmer befinden. Die deutschen Rhein- reeder sind also selbst die sich Konkurrenz machen. Niemand wird den Reedern glauben, daß sie mit Rücksicht auf die „inter- nationale Konkurrenz“ gezwungen seien, eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der deutschen Rheinschiffahrt zu fordern.

### Die Verhandlungen in der Rheinschiffahrt gescheitert

Essen, 24. Febr. Die Verhandlungen, die zwischen den Arbeit- nehmern und Arbeitgebervertretern der Rheinschiffahrt über die Neuregelung des Lohn- und Rahmentarifs geführt wurden, mükten ohne Ergebnis abgebrochen werden.

### Arbeitszeit und Jurisferei!

Vom Badischen Maler- und Lünchermeisterverband wird uns geschrieben:

Unter dieser Bezeichnung veröffentlicht der Bezirk Karlsruhe des Bad. Maler- und Lünchermeisterverbandes in seinem Organ Der Malermeister Nr. 1 vom 15. Januar 1931 eine Abhandlung. Hierin war die Stellungnahme einer Abteilung des Amtsgerichts Karlsruhe (Hertenstr. 11) in Bezug auf Auslegung des Arbeitszeit- gesetzes und eine damit verbundene Berufsverbandsabhandlung Gegen- stand der Betrachtung. Ueber die Befassung grundsätzlicher Ver- hältnisse (Berufsausübung und Arbeitszeitgesetz) und die Ar- beitsgeber und Arbeitnehmer zu ziemlich einig, weil das Schädigende beide Teile trifft. Die Auslegung des Entgeltgesetzes in erster Instanz konnte aber trotzdem von Arbeitgeberseite nicht ausgehen werden, weil dort nicht das Grundgesetz bestritten wurde, sondern mehr der Angriff des Richterlichen hervorzuheben. Weiteres bestand darin, daß der amtierende Richter einige der Kreuzungen (die Bezahlung der ange- klagten Meister) durch Suggestivfragen so weit brachte, daß diese durch Auslagen, die Uebertragung zuerst vermeintend oder abhän- gend, dann zugaben, mitunter idyllisch eine halbe bis eine volle Stunde überarbeitet zu haben. Diese Auslagen genügen, um auch hier das „Schuldbild“ aussupfropfen. Das war der Kernpunkt der Kritik.

Auf diese Weise lassen sich solche Auswüchse nicht beseitigen, ohne ein endloser Kartenspiel zu werden, außerdem kann dies auch ganz und gar nicht dazu beitragen eine Wirkung zu erzielen. Theorie und Praxis sind immer grundverschieden. Wären tatsächlich damals nur Fälle großer Verhältnisse zur Beurteilung gekommen, so hätten die Organisations der selbständigen Malermeister nur begrüßt, daß endlich einmal der Anfang gemacht wird, diesen Schäd- lingen das Handwerk zu legen. Die vorliegenden Fälle an sich waren nicht der Grund zu einer Berufung, sondern einzig und allein die mehr wie komische Auslegung des Arbeitszeitgesetzes durch Richter und Staatsanwalt erster Instanz.

Der Vorsitzende des Bezirkes Karlsruhe des Bad. Maler- und Lünchermeisterverbandes und Verfasser jenes Artikels im Maler- meister Herr Malermeister K. Haag, Karlsruhe, veranlaßte daher zwei Kollegen (Halle leichnerer Art) Berufung gegen das erstinstän- dige Urteil einzulegen, weil eben durch die Auslegung erster Instanz für die Arbeitgeber im Malerberuf eine Preisvermehrung entstanden war, die ihre Klärung finden mußte. Das geschah durch die Be- rufungsinflanz vor der II. Strafkammer des Landgerichts. Dort er- folgte Freispruch. Die Auslegung vor der Berufungsinflanz lautete doch etwas anders als bei den jüngeren Herren erster Instanz. Das allein war das Maßgebende der Berufung. Wenn auch dort Frei- spruch erfolgte, so es erst, nicht am Platze war, so konnte es nur daher kommen, daß ein Fall für alle drei vorgekommenen Fälle galt. Dafür kann aber die Dramatik der Malermeister nicht höher gemacht werden.

In der Nr. 36 des Karlsruher Volksfreundes vom 12. Februar erfolgten öffentlichen Ermüdung auf die Abhandlung „Arbeitszeit und Jurisferei“ im Organ Der Malermeister muß die Unachtsam- keit kritisiert werden. Der vernünftige Verfasser der Ermüdung, der Leiter der Poststelle Karlsruhe des Deutschen Malerverbandes weiß recht gut um die Einstellung des Artikelverfassers und des Veran- lassers der Berufung in Bezug auf Berufsfragen der Malerbranche (Arbeitgeber und -nehmer). Es lag weit entfernt, jenen Artikel im Malermeister als Agitationsmaterial zu benutzen, viel weniger als vielleicht der Artikel der Ermüdung im Volksfreund. Auch

von einer Beschönigung des Berufungsurteils im Artikel „Der Malermeister“ kann keine Rede sein, wenn man das Prinzipielle, und nicht den oder die Fälle betrachtet. In der Ermüdung wurde außer- dem auch all das unerwähnt gelassen, worüber sich gerade die Ver- fasser beider Abhandlungen vollkommen einig sind (persönlich) und worüber wohl in Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen im Maler- gewerbe zu Karlsruhe Solidarität herrschen dürfte.

Während die Verleumdungsjücherei von der Meisterseite betrieben wird, ist es auch am Platze einmal bezüglich der Arbeitseilfertigkeit der Meister für den Maler sehr lange ist.

Was noch eine andere Kategorie von Geistes ist es heute (auch organisiert), die sich persönlich und schriftlich anbieten, um jeden Lohn zu arbeiten, nur um einigermaßen ein Einkommen zu haben. Sind auch hier die Meister und deren Organisation schuld? Jeder Stand macht seine Interessen. Jeder Stand aber nun jede Gelegenheit zur Stimmungsmaße wahrnimmt, stiftet aber zum Entzweien, statt zum Einigen.

Wenn s. Zt. 95 Prozent aller Malergehilfen arbeitslos sind, so sind das nicht allein die Früchte der Verleumdungsjücherei. Wenn der Malerberuf bis 1925 mit 60 Prozent Arbeitsträften überlastet ist, wie der Verfasser der Ermüdung im Volksfreund behauptet (ohne dies auszumitteln), so wäre von Meisterseite vorzuschlagen, daß die der Ermüdung angeführte Berufsberatung für das Malergewerbe, Karlsruhe, Schließung 16 ihre Beratungskunden in der Um- gebung von Karlsruhe abhält, um zu bewerkstelligen, daß das dort stammende und alljährlich sich einfindende Ueberangebot an Malerlehrlingen unterbunden wird. Dadurch wäre auch gleichzeitig zu erreichen, daß das Intelligenzniveau im Malerberuf etwas höher würde, woran Meister und Gehilfen ein gleiches Interesse haben dürften. Weiter wäre jene Junge der Umgebung nicht mehr be- deutend, um als Malerlehrling in Karlsruhe arbeiten zu können, täglich bis 16 Stunden unterwegs zu sein, wie der Verfasser der Ermüdung im Volksfreund Nr. 36 errechnet hat.

In einem Punkt kann man mit dem Verfasser der Ermüdung einig gehen, und das würde viel zur Befriedigung der Verleumdungsjücherei beitragen, die Mahnung an die Eltern jugendlicherer Ber- uer: Seht euch Lehrer und Lehrstelle vor! Abgleich des Lehrver- trages genau an. Dadurch dürfte auch jene Befriedigung aus dem Malerberuf verschwinden, das verlebene Kleinmeister ihre Be- dingung ohne Entgelt im Winter wochenlang nach Hause schicken. Die Bedingung des Verfassers im Artikel Ermüdung, daß durch Um- frage bei den Eltern der Lehrlinge sich ergeben hätte, daß ein Um- sturz der Verhältnisse (welcher?) dieses Los treffen, ist reichlich übertrie- ben. Man sollte nicht in allen Stücken so sehr die große Volkswelt hüten; denn gerade in dieser Angelegenheit könnte auch Unzuver- lässigkeit für eine politische Partei entstehen, wenn die Verleumdung der Namen jener Uebelthäter stattfände.

Wenn man, wie es gerade in Karlsruhe der Fall ist, dazu über- geht, eine bessere gegenseitige Verständigung in Standesfragen zwi- schen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Malergewerbe zu ermöglichen, so muß auf jeder Seite volle Satisfak- tion gewahrt werden. Gegenseitig werden stets vorhanden sein, aber selbst diese müssen geachtet werden. Die Ermüdung in Nr. 36 des Volksfreunds ist aber dazu angetan, die Meinung in Elternkreisen aufkommen zu lassen, die Meisterorganisationen, die Verleumdungsjücherei und die Arbeitseilfertigkeiten bildest, in jeder Entgegenstellung den Kampf anzulegen. Dies entspricht ganz und gar nicht dem wahren Sachverhalt; denn gerade die Uebelthäter im „Malermeister“ führen einen erbitterten Kampf mit dem Gebiete des Verleumdungswesens. Es wäre zu empfehlen, den Artikel „Neueinstellungen von Lehrlingen im Malergewerbe“ in Nr. 36 Jahrg. 1931 der Malermeister aus demselben Heber in der Uebelthäterorganisation zu löschen, um damit das Gegenteil zu bewerk- stelligen. Schluß und kein weitere Zeitungswort. Und, nun noch eine wichtige Sache, das nächste Mal mehr Sachlichkeit; denn auch die freie Republik gestattet, daß man dem Unrecht entgegensteht.

#### K. Haag, Malermeister

Vorsitzender des Bezirkes Karlsruhe im Bad. Maler- und Lünchermeisterverband.

Vorsitzender der Malermeister-Vereinigung Karlsruhe.

Zu der obigen Ermüdung kann sich der Artikelverfasser in der Nr. 36 des Volksfreundes „Arbeitszeit und Jurisferei“ im allge- meinen einverstanden erklären, daß in der Ermüdung nur das aus- drückliche kommt, was auch in dem erwähnten Artikel vom Artikel- schreiber kritisiert wurde. In dem Artikel vom 12. Januar im Organ Der Malermeister wurde das inhaltlose, unrichtige Urteil des Amts- gerichts hart angegriffen (sich selbst mit Recht), da auch wir dort für ein objektives Urteil eintraten. In der Ermüdung wird aber selbst ausgegeben, daß auch in der zweiten Instanz ebenfalls unzu- verlässliche Verfahren wurde. Sollte der Verfasser der obigen Ermüdung im Organ Der Malermeister keine Mißbilligung wegen der einseitigen Urteile der zweiten Instanz, in der selben Form wie er gegen die Urteile der ersten Instanz, um Ausdruck gebracht, so müßte der Artikel im Volksfreund nicht erscheinen.

Es ist richtig, daß Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen in Befähigung des Verleumdungswesens im Malergewerbe, gerade in Karlsruhe eine gemeinsame Abwehrfront bilden. Auch soll besonders anerkannt werden, daß der Verfasser der obigen Ermüdung in der Kreis seiner Kollegen einen harten Kampf zu führen hat in Bezug des Verleumdungswesens. Durch seine ehrliche Auffassung in der Befähigung des Verleumdungswesens im Malergewerbe, war es möglich, eine gemeinsame Aktion zu dessen Befähigung zu schaffen. Da wir die ehrliche Einstellung des Genannten, in der Verleumdungsjücherei in der Arbeitseilfertigkeiten zu löschen wollen, konnten wir auch recht nicht die einschneidende Stellungnahme verweigern.

Bemerkte ich noch: Es lag uns fern aus dem ebenhin bedauerlichen Urteil, auch nach Agitationsmaterial zu schaffen, da wir auf jeden Agitationsstoff nicht angewiesen sind, um unseren Kollegen die Not der Zeit beizuführen zu machen.

Zum Schluß sei noch erwähnt: Die Arbeitnehmerorganisationen sind nicht nur auf dem Standpunkt, daß beide Parteien in der „Befähigung der Verleumdungsjücherei“ im Interesse des Bezirkes gemeinlich ein Stück Weg gehen können, wenn dadurch das oberste Ziel erreicht wird.

Verband der Maler, Ortsgruppe Karlsruhe.

## Aus der Stadt Durlach

Kinderfreunde-Besuch: Samstag abend 8 Uhr Sitzung im Durlach. Winterhilfe. Wie im Angeheileit ersichtlich, findet morgen Donnerstag die Ausgabe der Gutscheine der Winterhilfe im Rathhaus, Zimmer 1, statt.

#### Hilfsprostitutionen

Im letzten Sonntag vor hier den ganzen Nachmittag ein ver- stärktes Polizeiaufgebot mit Kraftwagen herbeigeführt, wie man später hörte, wegen einer nationalsozialistischen Versammlung im Hohenwetterpark. Abends, nach Eintritt der Dunkelheit, wurden dann einige Postkaffeehäuser mit Hitzern und zwar in voller Form und mit grobem Gefährte durch die Hauptstraße. Der Hitzern konnte, ohne daß die Polizei Anstoß machte, über die Straße gehen, die Hauptstraße passieren. Der nächste wurde gefällig, der Führer zur Polizeiwache geführt, vermutlich Personalführer, und dann wieder entlassen. Die Hitzernform fand an sich keine Beachtung. Auch im Polizeibericht ist nichts erwähnt, keine Verhaftung. Auch im Polizeibericht ist nichts erwähnt, keine Verhaftung und manchmal recht laut.



Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfall

In Durlach ereignete sich am Dienstag vormittag auf der Haupt-... zwischen einem PKW und einem Straßenbahnwagen der Linie 1.

Erhebung einer Vermisstenanzeige

Der im Januar vermisst gemeldete Wilhelm Koch aus Durlach ist... ermittelt worden.

Sachbeschädigung

In der Nacht zum Dienstag wurde der Gartenzaun einer Giecherei... von einem unbekannten Täter zerstört.

Diebstähle

Einer Frau wurde in einer Wirtschaft in der Waldhornstraße... ein Taschengeld im Werte von etwa 100 M. entwendet.

Festgenommen

Während am Dienstag insgesamt 12 Personen wegen verschiedener... Handlungen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Der Hochdruckkern, der sich in den letzten Tagen über dem Mittel-... entwickelt, wird jetzt an seinem Nordrande von atlantischen... westwärts abgebaut.

Wasserstand des Rheins

Stapel 2: Weidbach 103, Gef. 4; Schutterinsel 57, Gef. 1; Rehl 209, Gef. 5; Marau 383, Gef. 4; Mannheim 277, Gef. 4; Caub 210, Gef. 2 Zentimeter.

Lichtspielhäuser

Der Liebesart in den Palast-Vorstellungen

Eine unterhaltliche, lustige Geschichte, in der Harry Liedtke... die Hauptrolle spielt. Sie spielt hinter den Kulissen und auf der... eines Variété-Theaters.

Veranstaltungen

Am Sonntag, 22. Febr., im Eintrachtssaal, abends 8 Uhr, der zweite Liebes-... von Herrn Komann folgt. Herr Komann bringt... zum Teil seinen Schützling zum Vortrag.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Lebens- und Sterbungsseiten, 23. Februar: Hugo Weibmann, 10. März, im Eintrachtssaal, abends 8 Uhr, der zweite Liebes-... von Herrn Komann folgt.

Gemeindepolitik

Tagung in Friedrichstal

Am Sonntag, 22. Febr., hielten die Gemeindevorsteher der an-... holtberechtigten Hartigsgemeinden in Friedrichstal im Rathsaal... eine Besprechung ab.

Gemeinderatsbeschlüsse

Berghausen (Sitzung vom 20. Februar) Eine Schätzung betr. Kapitalaufnahme wurde vorgelesen, sowie... eine Schätzungsberichtigung vorgenommen.

Wiesbaden. Hier wird in den nächsten Tagen der neugewählte Gemeinderat... zusammentreten. Man ist gespannt, wie die Vertreter... ihren Wahlversprechungen nachkommen.

Volkswirtschaft

Arbeitsaufnahme bei der Waggonfabrik Kattar. Auf Grund des vorliegenden... Bestandes an Arbeitslosen und Privatunarbeitenden bedarf die Wag-... gongfabrik A.G. Kattar für die nächste Zeit die Einstellung von... weiteren 100 Arbeitern über die bereits neuangelegten 200 Arbeiter hinaus.

Konzerte

Erstes Kammerkonzert des Philharmonischen Orchesters. Alles und neues hat der Leiter der Philharmonischen Orchesterserie... Kapellmeister Seebor von der Fiole auf dem Programm des... ersten Kammerkonzertes nebeneinandergestellt.

Klavierabend Anna Kremar. Das Dresdener Streichquartett brachte vor ein paar Tagen mit Anna Kremar das 8-stimmige Klavier-... quartett von Brahms zur Aufführung. Damals lernte man in der... jungen Frauerin eine temperamentvolle, geistig hochstehende... Brahmsausdeuterin kennen.

Letzte Nachrichten

Hausjuchungen bei Freiburger Nationalsozialisten

Freiburg, 25. Febr. Wie uns mitgeteilt wird, hat die Krimi-... nalpolizei in 4 Fällen bei Funktionären der nationalsozialistischen... Bewegung Hausjuchungen vorgenommen.

Sicherungen gegen Agrarermächtigung

Berlin, 25. Febr. (Funkdienst.) Das Ermächtigungsgesetz zur... Agrarpolitik soll in der Hauptsache drei Arten von Ermächtigungen... enthalten: Eine zur Verlängerung bestehender Ermächtigungen... eine zweite zur Aufhebung von Zulassungen (Schmalz und... Speck) und eine dritte generelle Ermächtigung zur Erhöhung oder... Senkung aller Zolltarifpositionen auf 1 Jahr.

Das Ergebnis der Flottenverhandlungen

Paris, 25. Febr. (Funkdienst.) Die englisch-französischen Ver-... handlungen ergaben: Die französische Gesamttonnage wird um... 10 000 Tonnen auf 630 000 Tonnen vermindert. Die Differenz... gegenüber der italienischen Gesamttonnage beträgt nunmehr noch... ein Plus von 157 000 Tonnen.

Verstärkter Schiedspruch. Der in der vorigen Woche ergangene... Schiedspruch für den Weinhandel im Handelskammerbezirk Laub... ist sowohl von den Arbeitgebern wie auch von den Arbeitnehmern... angenommen worden.

Der inner Devisennotierungen (Mittelfuß)

Table with 4 columns: Location, 24. Febr., 23. Febr. (Gold, Brief). Rows include Amsterdam, Italien, London, Hamburg, Prag, Schweden, Spanien, Stockholm, Kopenhagen.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Generalversammlung

Mittwoch, den 25. Februar, abends 8 Uhr, im „Friedrichshof“... Generalversammlung. Vorläufige Tagesordnung: 1. Geschäfts- und... Bericht der Kommission, 2. Beratung eingegangener Anträge...

Gruppe sozialistischer Gewerbetreibender und Handwerker... Donnerstag, 26. Februar, findet abends 8 Uhr im Lokal... der Deutschen Eiche, Augustenstraße 60, eine außerordentliche... Mitgliederversammlung mit Vortrag des Gen. Landmanns...

Bezirk Mittel- und Südweststadt... Donnerstag, 26. Februar, abends 8 Uhr, Vorstandssitzung... in der Gambirusschule.

Frauentektion Bezirk Mitt., Mittel- und Südweststadt... Donnerstag, 26. Februar, abends 8 Uhr, im Büro der... Arbeiterwohlfahrt, Karl-Friedrich-Straße 22, abends 8 Uhr...

Arbeiterwohlfahrt. Die Genossinnen des Vorstandes treffen... sich heute abend Punkt 7 1/2 Uhr (vor der Generalversammlung... der SPD) im Friedrichshof.

SWK. Ältere Gruppe. Donnerstag abend 8 Uhr im Jugendheim... Zusammenkunft (Eperantostimmer).

Auskünfte

B. W. 254. Es sind, wie uns auf Anfrage mitgeteilt wird, ganz... bestimmte Richtlinien zugrunde gelegt. Die arbeitslose Zeit kommt... natürlich in Abzug.

Ab. H. Kattar. Sehen Sie sich doch mit Gen. Stadtrat Kerschler... in Verbindung, denn wir kennen die näheren für Kattar in Betracht... kommenden Bestimmungen nicht.

T. D. Wenn sich der Hauseigentümer so geäußert hat wie Sie... schreiben, dann brauchen Sie die Miete nur bis 15. Februar zu... bezahlen.

Veranstaltungen

Mittwoch, 25. Februar: Badische Landesbühnen: 7. Eintrachtkonzert, 20 Uhr. Badische Musikschule: Manege, 20.30 Uhr. Maria-Palast: Sturm über dem Montblanc. Palast-Vorstellung: Der Liebesart (Harry Liedtke). Weibungs-Vorstellung: In Wien hab' ich einmal ein Mädel geliebt. (Gretl... Ziemer, Werner Hiltner u.a.) Schauburg: Sturm über dem Montblanc. Union-Theater: Der Herrgottsflüßler von Oberammergau. Friedrichshof: SPD-Generalsversammlung, 20 Uhr. Kaffee-Kabarett Roland: Sensationsgauffspiel Clown Moron vom Neupfort-... Hippodrom.

Dereinsanzeiger

Die 4 Jellen... 20 Pf. die Jelle... Vereinstagsungen haben unter jeder Zahl in der Regel keine Aufnahme, aber werden von... Vereinstagsungen... befreit.

Karlsruhe. Stadtausflug für Arbeiterport und Jugendpflege kommenden... Samstag, 28. Februar, im Volkshaus (Konferenzzimmer) wichtige... Vorstandssitzung. 1931

